

Argumente

gegen die beiden extremen Agrar-Initiativen vom 13. Juni 2021:

1. Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz» («Trinkwasser-Initiative»)
2. Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» («Pestizidverbots-Initiative»)

2x NEIN

zur Zerstörung der regionalen Produktion

Die beiden extremen Agrar-Initiativen:

- schwächen die regionale Produktion
- fördern Importe aus dem Ausland
- verteuern regionale Lebensmittel

Am 13. Juni

2x NEIN

Zu den radikalen Agrar-Initiativen

Argumente

gegen die Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz» («Trinkwasser-Initiative»)

NEIN zur Zerstörung der regionalen Produktion

Die extreme «Trinkwasser-Initiative»:

- **schadet der regionalen Produktion von Lebensmitteln**
- **führt zu mehr Importen aus dem Ausland**
- **schwächt die Versorgungssicherheit der Schweiz**

Am 13. Juni

NEIN

zur extremen «Trinkwasser-Initiative»

NEIN zur extremen «Trinkwasser-Initiative»

Die Initiative im Überblick

Titel Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz» («Trinkwasser-Initiative»)
Das Wichtigste in Kürze Über die extreme «Trinkwasser-Initiative» wird am 13. Juni 2021 abgestimmt. Bei einer Annahme würde die Schweizer Landwirtschaft radikal umgekrempelt. Die Initiative verlangt, dass Landwirte nur noch dann Direktzahlungen und Subventionen erhalten, wenn sie auf den Einsatz von Pestiziden verzichten, keine Futtermittel zukaufen und auf den prophylaktischen Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung verzichten. Dadurch würde die regionale Produktion von Lebensmitteln massiv heruntergefahren. Die Preise von inländischem Gemüse und inländischen Früchten würden stark steigen. Importe aus dem Ausland würden zunehmen, der Selbstversorgungsgrad dagegen abnehmen.
Inhalt der Initiative Landwirte erhalten nur noch Direktzahlungen und Subventionen, wenn sie sich an folgende drei Bedingungen halten: <ol style="list-style-type: none">1. Verzicht auf den Einsatz von Pestiziden.2. Verzicht auf den prophylaktischen Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung.3. Verzicht auf den Zukauf von Futtermitteln. Landwirte dürfen nur so viele Nutztiere halten, wie sie mit dem auf dem Betrieb produzierten Futter ernähren können. Staatlich finanzierte landwirtschaftliche Forschung, Beratung und Ausbildung sind nur noch erlaubt, wenn sie auf eine pestizidfreie Produktion ausgerichtet sind. Es ist eine Übergangsfrist von acht Jahren vorgesehen.
Initianten Verein Sauberes Wasser für alle, Präsidentin Franziska Herren, 4537 Wiedlisbach https://www.initiative-sauberes-trinkwasser.ch
Bundesrat Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Initiative. In seiner Botschaft zur «Trinkwasser-Initiative» weist er darauf hin, dass durch den generellen Verzicht auf Pestizide, sowie zugekauftes Futter die Produktion auf vielen direktzahlungsberechtigten Betrieben abnehmen würde. Zudem bestehe das Risiko, dass viele Betriebe bei Annahme der Initiative aus dem Direktzahlungssystem aussteigen würden. Dies würde die Umweltbelastungen eher intensivieren als verringern. Neben dem Bundesrat lehnt auch eine grosse Mehrheit des Parlaments (130 zu 58 Stimmen) die Initiative ab.
Gegner u.a. (Stand: 1. März) Bundesrat, Parlament, SVP, FDP, Bauernverband, Obstverband, Gemüseproduzenten, economiesuisse, scienceindustries, Gewerbeverband
Befürworter u.a. (Stand: 1. März) SP, Juso, Grüne, GLP, Pro Natura, Greenpeace

Argumente gegen die «Trinkwasser-Initiative»

Die «Trinkwasser-Initiative» will Subventionen und Direktzahlungen an die Produktionsmethoden von Landwirten koppeln. Finanzielle Unterstützung soll nur noch erhalten, wer auf den Einsatz von Pestiziden verzichtet, ohne prophylaktischen Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung auskommt und den Tierbestand mit dem auf dem Betrieb produzierten Futter ernähren kann. Die Initiative schwächt die regionale Lebensmittelproduktion, führt zu mehr Importen und gefährdet die Versorgungssicherheit der Schweiz.

Schwächung der regionalen Produktion

Es ist eine Tatsache, dass landwirtschaftliche Erträge ohne den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln massiv sinken. Ohne Pflanzenschutz beträgt der Minderertrag bei den acht wichtigsten Nutzpflanzen der Welt im Mittel ein Drittel.¹ Eine Studie aus Grossbritannien kommt zum Ergebnis, dass die Erträge in der biologischen Landwirtschaft um 40 Prozent geringer sind bzw. es zur Produktion der gleichen Menge an Nahrungsmitteln 40 Prozent mehr Landfläche benötigt.² Und auch die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) der Vereinten Nationen rechnet ohne den Einsatz von Pestiziden mit Ertragsverlusten von 20-40 Prozent.³ Dies verdeutlicht die Bedeutung des Pflanzenschutzes für die Nahrungsmittelproduktion. Ohne Pflanzenschutzmittel sinken die Erträge bei regionalem Getreide, Gemüse und regionalen Früchten massiv.

Auch Tierhaltung betroffen

Die «Trinkwasser-Initiative» hat aber auch Auswirkungen auf die Tierhaltung. Bauernhöfe, die auf den Zukauf von Futtermitteln angewiesen sind, sollen keine Direktzahlungen und Subventionen mehr erhalten. Viele Bauernbetriebe in der Schweiz sind nicht in der Lage, das komplette Futter für ihre Tiere selbst zu produzieren. Ohne den Zukauf von Tierfutter können sie nicht mehr produzieren. Stark betroffen sind Bauern in den Hügelzonen und Bergebieten – auch viele Biobauern. Auch sie müssen Futter zukaufen. Die Folge ist ein enormer Produktivitätsrückgang insbesondere bei Eiern, Schweinefleisch und Hühnerfleisch. Das sind Produkte, bei denen Konsumentinnen und Konsumenten besonders auf die regionale Herkunft achten. Sie würden massiv teurer werden. Schweizer Lebensmittel dürfen aber nicht zu teuren Luxusprodukten werden. Es ist zum einen ungerecht, wenn sich nicht mehr alle regionalen Erzeugnisse leisten können, zum andern wird einfach mehr importiert. Betroffen von der Initiative ist auch die Stallhygiene. Denn «pestizidfrei» bedeutet, dass Landwirte in den Ställen auch keine Biozide (z.B. Desinfektionsmittel) einsetzen dürfen. Es ist schlicht absurd, Landwirte mit dem Entzug von Direktzahlungen zu bestrafen, wenn sie beispielsweise bei der Milchproduktion auf eine strikte Hygiene achten. Das gefährdet die Lebensmittelsicherheit.

¹ C. Oerke (2006). Crop losses to pests. The Journal of Agricultural Science , Volume 144 , Issue 1 , February 2006 , pp. 31 – 43.

² Smith, L.G., Kirk, G.J.D., Jones, P.J. et al. The greenhouse gas impacts of converting food production in England and Wales to organic methods. Nat Commun 10, 4641 (2019).

³ FAO (2017). The future of food and agriculture. Trends and challenges. <http://www.fao.org/3/i6583e/i6583e.pdf>

Regionale Arbeitsplätze gefährdet

Die «Trinkwasser-Initiative» hätte fatale Auswirkungen auf die rund 300'000 Arbeitsplätze in der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft. Schätzungsweise 160'000 davon wären direkt von einer Annahme betroffen. Dazu gehören Arbeitsplätze in Metzgereien, Mühlen, Mostereien, Landmaschinenfirmen, Verarbeitungsbetrieben etc. Treffen würde es indirekt auch zahlreiche andere Arbeitsplätze in landwirtschaftsnahen Branchen (Mechaniker, Bauarbeiter etc.). Besonders betroffen wären ländliche Regionen, in denen die Landwirtschaft als Arbeitgeberin traditionsgemäss einen höheren Stellenwert besitzt.

Mehr Importe aus dem Ausland

Wenn die Produktion von Lebensmitteln im Inland zurückgeht, nehmen die Importe von ausländischen Nahrungsmitteln zu. Die «Trinkwasser-Initiative» müsste demnach eher «Import-Initiative» heißen. Die Auswirkungen eines Pestizidverbots auf die inländische Produktion konnte man im letzten Jahr am Beispiel der Zuckerrüben eindrücklich sehen. Die Viröse Vergilbung, verursacht durch die grüne Pfirsichblattlaus, vernichtete bis zu 50 Prozent der Rübenernte. Ein Jahr zuvor wurde dem einzigen wirksamen Pflanzenschutzmittel «Gaucho» die Zulassung entzogen. Die Folge davon: Die Produktion von Schweizer Zucker ist in akuter Gefahr. Gleichzeitig wird Zucker aus dem Ausland importiert, zu dessen Herstellung dasselbe Pflanzenschutzmittel erlaubt ist. Ohne Pflanzenschutzmittel droht eine Kultur nach der anderen aus der Schweiz zu verschwinden. Kompenziert werden die Ausfälle durch Importe aus dem Ausland. Die regionale Produktion hat das Nachsehen.

Schwächung der Versorgungssicherheit

Die wesentliche Aufgabe der Landwirtschaft ist die sichere Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln. Sie ist in Artikel 104 der Bundesverfassung festgeschrieben. Die «Trinkwasser-Initiative» führt jedoch zu einem massiven Rückgang der inländischen Nahrungsmittelproduktion und untergräbt damit das in der Bundesverfassung verankerte Ziel der Versorgungssicherheit. Der Selbstversorgungsgrad der Schweiz mit Lebensmitteln liegt derzeit bei 60 Prozent. Gerade die Corona-Krise hat gezeigt, wie wichtig ein gut funktionierendes Ernährungssystem ist. Umfragen belegen zudem deutlich, dass die Regionalität von Lebensmitteln für die Konsumentinnen und Konsumenten immer wichtiger wird. Sich nur noch auf Importe zu verlassen, kann keine Lösung sein. Denn in der Krise ist bekanntlich jeder Staat sich selbst am nächsten.

Konsumenten wollen regionale Lebensmittel

Die Nachfrage nach regionalen landwirtschaftlichen Erzeugnissen ist in der Schweiz gross. Konsumentinnen und Konsumenten wünschen sich Produkte aus der Schweiz oder sogar aus der eigenen Region. Laut einer Umfrage des Marktforschungsinstituts Demoscope im Rahmen des Agrarberichts 2019 bevorzugen 75 Prozent der Befragten Eier aus einheimischer Produktion. Bei Fleisch, Milch und Milchprodukten sind es mehr als die Hälfte.⁴ Auch in der Coronakrise zeigt sich, dass Schweizerinnen und Schweizer besonders auf die Regionalität der Produkte achten. Eine Studie der Hochschule Luzern hat das Konsumverhalten in der Coronakrise untersucht. Im Sommer 2020 gaben 95 Prozent der Befragten an, häufig oder wenigstens ab und zu auf die Schweizer Herkunft bei Produkten des täglichen Bedarfs zu achten. Im April 2020 waren es 86 Prozent. Das ist eine deutliche Steigerung im Vergleich zur Vor-Corona Zeit.⁵

«Trinkwasser-Initiative» schadet der Umwelt

Auf dem Papier gibt die Initiative vor, besonders umweltfreundlich zu sein. In der Realität sieht es jedoch anders aus. So kommt eine Studie von Agroscope, dem Kompetenzzentrum der Schweiz für landwirtschaftliche Forschung, zum Schluss, dass die «Trinkwasser-Initiative» der Umwelt unter dem Strich mehr schadet als nützt.⁶ Der Grund dafür liegt in den Ertragsrückgängen – verursacht durch den Verzicht auf Pflanzenschutzmittel. Die Folge davon ist, dass die Mindererträge mit Importen aus dem Ausland ausgeglichen werden. Dies verursacht viele zusätzliche CO₂-Emissionen und verschlechtert die Ökobilanz des Schweizer Warenkorbs. Und: Zur Produktion der Lebensmittel für die Schweizer Bevölkerung würde viel Landfläche im Ausland benötigt. Auswirkungen auf die Umwelt werden in andere Länder mit weniger starken Regulierungen verlagert. Das ist nicht sinnvoll und auch vom ethischen Standpunkt aus fraglich.

Dem Schweizer Trinkwasser geht es gut

Unserem Trinkwasser müssen wir Sorge tragen. Schliesslich möchten wir alle, dass sauberes Wasser aus dem Hahn fliesst. Doch die «Trinkwasser-Initiative» schiesst weit über das Ziel hinaus. Zudem schürt sie Unsicherheiten in der Bevölkerung, indem sie verbreitet, dass das Trinkwasser in der Schweiz «verschmutzt» sei. Dies ist nachweislich nicht der Fall. Verschiedene Behörden, darunter das BLV, das BAFU und der Verband der Kantonschemiker Schweiz, stellen dem Schweizer Trinkwasser ein gutes Zeugnis aus.⁷ ⁸ Im Bericht zur Umsetzung des Protokolls Wasser und Gesundheit in der Schweiz schreiben BLV und BAFU: Die «Qualität des Wassers kann grundsätzlich aus mikrobiologischer und

⁴ Agrarbericht 2019

<https://2019.agrarbericht.ch/de/mensch/gesellschaft/einkaufsverhalten?highlight=demoscope>

⁵ Georgi, Dominik und Zbinden, Marcel (2020). SUSPECT – SUStainable BEhavior during and after Corona Time. Wie kann der im Lockdown entstandene Nachhaltigkeitsschub langfristig genutzt werden? Hochschule Luzern – Wirtschaft. Institut für Kommunikation und Marketing.

<https://news.hslu.ch/coronakrise-und-nachhaltiges-konsumverhalten/>

⁶ Maria Bystricky, Thomas Nemecek, Simone Krause und Gérard Gaillard (2020). Potentielle Umweltfolgen einer Umsetzung der Trinkwasserinitiative. Agroscope.

<https://www.newscl.admin.ch/newsd/message/attachments/62078.pdf>

⁷ <https://www.blv.admin.ch/blv/de/home/lebensmittel-und-ernaehrung/lebensmittelsicherheit/verantwortlichkeiten/sicheres-trinkwasser.html>

⁸ https://www.kantonschemiker.ch/mm/VKCS%20Trinkwasserkampagne%202019%20Medienmitteilung_2019_09_09_D.pdf

chemischer Sicht als gut beurteilt werden.»⁹ Rund 80 Prozent des Trinkwassers wird in der Schweiz aus dem Grundwasser gewonnen. Die Hälfte davon kann direkt und ohne Aufbereitung ins Leitungsnetz eingespeist werden. Bei der anderen Hälfte reicht eine einfache Desinfektion mit Chlor oder UV aus. Das sind internationale Spitzenwerte.

Für Pflanzenschutzmittel gelten sehr tiefe Grenzwerte

Das Fungizid Chlorothalonil stand im letzten Jahr häufig im Fokus der Medien. Was dabei oft vergessen ging: Grundsätzlich gelten in der Schweiz für Pflanzenschutzmittel und deren Abbauprodukte sehr niedrige Grenzwerte. Für nicht relevante Abbauprodukte gilt ein Grenzwert von 10 Mikrogramm pro Liter Wasser. Für relevante Abbauprodukte ein hundertmal strengerer Wert von 0,1 Mikrogramm pro Liter. Das sind 0,1 Millionstel Gramm. 0,1 Mikrogramm auf ein Kilogramm Wasser sind 0,0000000001 Prozent. Zur Verbildlichung: Das entspricht einem Millimeter auf 10'000 Kilometern. Diese Grenzwerte sind zudem keine gesundheitsbezogenen Grenzwerte. Das heisst, sie sagen nichts über ein allfälliges Risiko für die Gesundheit aus. Sie stammen aus einer Zeit, als man geringere Konzentrationen noch gar nicht messen konnte. Deshalb galt Wasser mit Fremdstoffkonzentrationen von bis zu 0,1 Mikrogramm pro Liter als rein und frei von Verunreinigungen. Mit den heutigen Messmethoden lässt sich sogar ein Würfelzucker im Bodensee nachweisen. Deshalb entsteht in der Öffentlichkeit der Eindruck, die Wasserqualität habe nachgelassen. Gemäss der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit, liegt die erlaubte Tagesdosis von Chlorothalonil bei 0,015 Milligramm pro Kilogramm Körpergewicht. Bei einem Grenzwert von 0,1 Mikrogramm pro Liter entspricht dies 150 Litern Wasser pro Kilogramm Körpergewicht. Ein 90 Kilogramm schwerer Mann müsste täglich also 13'500 Liter Wasser trinken, um die maximal erlaubte Tagesdosis zu erreichen.

Es wird schon viel getan

Trinkwasser ist einer der wertvollsten Rohstoffe überhaupt. Dass es in besonderem Masse geschützt werden muss, steht ausser Frage. Doch die «Trinkwasser-Initiative» ist dafür der falsche Weg. Sie verkennt, dass Landwirtschaft, Bund und Hersteller von Pflanzenschutzmitteln bereits sehr viel tun, um die Qualität des Schweizer Trinkwassers hoch zu halten. Mit dem «Aktionsplan Pflanzenschutzmittel», der 2017 vom Bundesrat verabschiedet wurde, sollen die bestehenden Risiken halbiert werden. Zudem sollen Alternativen zum chemischen Pflanzenschutz gefördert werden. Ein Blick auf die Statistik zeigt, dass der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in den letzten zehn Jahren um 27 Prozent gesunken ist. Bei Herbiziden ist sogar ein Rückgang um 45 Prozent zu verzeichnen.¹⁰ Dank neuer technischer Möglichkeiten und der Digitalisierung der Landwirtschaft, sind in Zukunft weitere Effizienzsteigerungen beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu erwarten. Zudem wird stark an immer zielgenaueren und damit umweltverträglicheren Pflanzenschutzmitteln geforscht. Die Richtung stimmt. Die extremen Massnahmen der «Trinkwasser-Initiative» sind unnötig.

⁹ BLV und BAFU: Bericht zur Umsetzung des Protokolls Wasser und Gesundheit in der Schweiz.

¹⁰ Verkaufsstatistik 2019 von Pflanzenschutzmitteln in der Schweiz. Bundesamt für Landwirtschaft.

<https://www.blw.admin.ch/blw/de/home/nachhaltige-produktion/pflanzenschutz/pflanzenschutzmittel/verkaufsmengen-der-pflanzenschutzmittel-wirkstoffe.html>

Fazit

Die «Trinkwasser-Initiative» schwächt die regionale Lebensmittelproduktion und befeuert Importe aus dem Ausland. Gleichzeitig verteuert sie die Preise für landwirtschaftliche Produkte aus der Region. Wer auch in Zukunft regionale Lebensmittel zu vernünftigen Preisen haben möchte, sagt NEIN zur extremen «Trinkwasser-Initiative».

Argumente

gegen die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide»
«(«Pestizidverbots-Initiative»)

NEIN zur Zerstörung der regionalen Produktion

Die extreme «Pestizidverbots-Initiative»:

- **schadet der regionalen Produktion von Lebensmitteln**
- **verteuert regionale Lebensmittel**
- **fördert den Einkaufstourismus im Ausland**

Am 13. Juni

NEIN

zur extremen «Pestizidverbots-Initiative»

NEIN zur extremen «Pestizidverbots-Initiative»

Die Initiative im Überblick

Titel Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» («Pestizidverbots-Initiative»)
Das Wichtigste in Kürze Über die extreme «Pestizidverbots-initiative» wird am 13. Juni 2021 abgestimmt. Bei einer Annahme würde die Schweizer Landwirtschaft radikal umgekämpft. Die Initiative verlangt ein Verbot von synthetisch hergestellten Pestiziden. Dadurch wären Bauern nicht mehr in der Lage, ihre Kulturen ausreichend vor Schädlingen, Pflanzenkrankheiten und Unkraut zu schützen. Die regionale Produktion von Lebensmitteln würde massiv zurückgehen. Die Preise von inländischem Gemüse, Früchten sowie tierischen Produkten würden stark steigen. Insgesamt würde das Angebot für Konsumentinnen und Konsumenten im Inland stark ausgedünnt. Einkaufstourismus wäre weiterhin erlaubt. Mit fatalen Folgen für die einheimische Landwirtschaft und das Gewerbe.
Inhalt der Initiative Die Initiative verlangt ein Verbot synthetischer Pestizide <ul style="list-style-type: none">• in der landwirtschaftlichen Produktion• in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse• in der Boden- und Landschaftspflege Zudem ist die Einfuhr von Lebensmitteln zu gewerblichen Zwecken, die synthetische Pestizide enthalten oder mithilfe solcher hergestellt wurden, verboten. Die Initiative sieht eine Übergangsfrist von zehn Jahren vor.
Initianten Vereinigung für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide, 2000 Neuchâtel https://lebenstattgift.ch
Bundesrat Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Initiative. Seiner Ansicht nach hätte die Initiative schädliche Auswirkungen auf die Schweizer Landwirtschaft, die Lebensmittelindustrie sowie die Lebensmittelsicherheit. Den Landwirten würden durch eine Annahme der Initiative wichtige Hilfsmittel zum Schutz ihrer Kulturen und Ernten fehlen. Der Bundesrat gibt auch zu bedenken, dass ohne synthetische Biozide, die ebenfalls vom Verbot betroffen wären, die Gewährleistung der Stallhygiene erschwert würde. Zudem wäre die Einhaltung der Hygienevorschriften bei der Lagerung und Verarbeitung von Lebensmitteln nur noch schwer zu bewerkstelligen. Die Aufrechterhaltung der Lebensmittelsicherheit wäre gefährdet. Höhere Produktionskosten und teurere Lebensmittel wären die Folge. Neben dem Bundesrat sagt auch eine Mehrheit des Parlaments Nein zur Initiative (131 zu 54 Stimmen).
Gegner u.a. (Stand: 1. März) Bundesrat, Parlament, SVP, FDP, Bauernverband, Obstverband, Gemüseproduzenten, economiesuisse, Gewerbeverband, scienceindustries.
Befürworter u.a. (Stand: 1. März) Grüne, SP, Juso, Demeter Schweiz, Bio Suisse, Kleinbauern-Vereinigung

Argumente gegen die «Pestizidverbots-Initiative»

Die «Pestizidverbots-Initiative» verlangt ein Verbot von synthetischen Pestiziden in der landwirtschaftlichen Produktion. Auch in der Verarbeitung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, sowie in der Boden- und Landschaftspflege soll der Einsatz synthetischer Pestizide verboten werden. Zudem verbietet die Initiative die Einfuhr von Lebensmitteln zu gewerblichen Zwecken, die synthetische Pestizide enthalten oder mithilfe solcher Hergestellt wurden.

Schwächung der regionalen Produktion

Bei einer Annahme der Initiative könnten Kulturen nicht mehr genügend vor Schädlingen und Pflanzenkrankheiten geschützt werden. Die Lebensmittelproduktion würde zurückgehen. Professor Charles Gottlieb von der HSG hat sich in seiner Studie mit den Konsequenzen einer Annahme der «Pestizidverbots-Initiative» befasst. Gemäss seinen Erkenntnissen würde die inländische Produktion bei einer Annahme der Initiative um 30 Prozent zurückgehen. Der Selbstversorgungsgrad würde von derzeit 60 Prozent auf 42 Prozent sinken.¹¹ Betroffen ist sowohl die Produktion pflanzlicher als auch tierischer Produkte. Besonders gross wären die Ausfälle bei Kartoffeln und Schweinefleisch. Die Initiative trifft auch die Bio-Produktion. Auch in der biologischen Landwirtschaft werden synthetische Pestizide eingesetzt, beispielsweise in der Form von synthetisierten Kupferprodukten gegen Pilzbefall. Von der Initiative ist zudem auch die Lebensmittelverarbeitung betroffen. Definitionsgemäss gehören zu den Pestiziden sowohl Pflanzenschutzmittel als auch Biozide. Biozide sind Desinfektions- und Reinigungsmittel und werden zur Einhaltung der Hygienevorschriften in der Lebensmittelverarbeitung dringend benötigt. Wer synthetische Pestizide verbieten will, gefährdet damit auch die Lebensmittelsicherheit.

Pestizidverbot gefährdet Lebensmittelsicherheit

Gemäss international anerkannter Definition, beinhaltet der Begriff «Pestizid» sowohl Pflanzenschutzmittel als auch Biozide. Biozide sind Desinfektions- und Reinigungsmittel. Wer synthetische Pestizide verbietet, verbietet auch Desinfektionsmittel. Diese sind aber zur Gewährleistung der Stallhygiene unerlässlich und haben somit auch Einfluss auf das Tierwohl. Ohne Biozide können Arbeitsgeräte wie Melkmaschinen nicht fachgemäss gereinigt werden. Nicht nur im Stall, auch bei der Lagerung und Verarbeitung von Lebensmitteln werden Biozide benötigt, um die Einhaltung der Hygienevorschriften und damit die Sicherheit von Lebensmitteln gewährleisten zu können. Viele Produkte, zum Beispiel verpackter Schinken oder Süßgetränke in PET-Flaschen, müssen unter absolut sterilen Bedingungen verarbeitet werden. Bei der sogenannten Reinraumtechnik müssen sämtliche Geräte sowie das Personal in Schutzzügen vorgängig desinfiziert werden. Ohne diese Technik würde sich die Haltbarkeit von Lebensmitteln drastisch reduzieren.

¹¹ Charles Gottlieb und Cara Stromeyer (2020). Die makroökonomischen Effekte der Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide». Universität St. Gallen.

Importverbot bedroht inländische Produktion

Die «Pestizidverbots-Initiative» verbietet nicht nur den Gebrauch synthetischer Pestizide, sondern auch den Import von Produkten zu gewerblichen Zwecken, die mit Hilfe von synthetischen Pestiziden hergestellt wurden. Das trifft insbesondere die verarbeitende Lebensmittelindustrie hart. So sind beispielsweise Schweizer Schokoladeproduzenten auf den Import von Kakao angewiesen. Das gleiche gilt für die Kaffeeveredelung, die Kaffeebohnen importiert. Nur mit Importen wäre der Bedarf dieser Industrien kaum zu decken, denn vom Importverbot wären auch Bioprodukte betroffen, die mit Hilfe von synthetischen Pestiziden hergestellt werden. In der Konsequenz würde die Produktion ins Ausland verlagert und Arbeitsplätze in der Schweiz gingen verloren.

Regionale Lebensmittel werden teurer

Aufgrund der verminderten Produktion verknappen sich die regionalen Lebensmittel und die Preise massiv steigen. Gemäss der Studie von Charles Gottlieb können die höheren Preise jedoch die Ertragsausfälle durch das Pestizidverbot nicht kompensieren. Die Einnahmen der Bauern sinken. Weil die «Pestizidverbots-Initiative» die Einfuhr zu gewerblichen Zwecken von Lebensmitteln verbietet, die synthetische Pestizide enthalten, wäre auch der Import von mehr Lebensmitteln aus dem Ausland keine Lösung. Schweizerinnen und Schweizer müssen bei Annahme der Initiative mit massiv höheren Preisen für Lebensmittel rechnen. Insbesondere für Haushalte mit kleineren Einkommen und den Mittelstand ist das ein Problem. Es ist ungerecht, wenn sich nicht mehr alle Gemüse und Früchte aus der Region leisten können. Gefährdet ist auch die regionale Produktion von Futtermitteln. Während in der Schweiz die Herstellung von Futtermitteln mit Hilfe synthetischer Pestizide verboten ist, können solche Futtermittel aus dem Ausland weiter importiert werden.

Schwächung der Versorgungssicherheit

Die wesentliche Aufgabe der Landwirtschaft ist die sichere Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln. Sie ist in Artikel 104 der Bundesverfassung festgeschrieben. Die «Pestizidverbots-Initiative» führt jedoch zu einem massiven Rückgang der inländischen Nahrungsmittelproduktion und untergräbt damit das in der Bundesverfassung verankerte Ziel der Versorgungssicherheit. Durch ein Verbot von synthetischen Pestiziden stehen den Landwirtinnen und Landwirten wichtige Wirkstoffe nicht mehr zur Verfügung. Sie sind nicht mehr in der Lage, ihre Ernten ausreichend vor Schädlingen, Pflanzenkrankheiten und Unkraut zu schützen. Der Selbstversorgungsgrad der Schweiz würde von derzeit 60 Prozent auf ungefähr 40 Prozent sinken. Gerade die Corona-Krise hat jedoch gezeigt, wie wichtig ein gut funktionierendes Ernährungssystem ist. Sich nur noch auf Importe zu verlassen, kann keine Lösung sein. In einer Krise ist sich bekanntlich jeder Staat selbst am nächsten. Zudem zeigen Umfragen deutlich, dass die Regionalität von Lebensmitteln für die Konsumentinnen und Konsumenten immer wichtiger wird. Die «Pestizidverbots-Initiative» läuft diesem Konsumenten-Bedürfnis diametral entgegen. Wer auch in Zukunft genügend Lebensmittel aus der Region und zu vernünftigen Preisen haben möchte, sagt NEIN zur extremen «Pestizidverbots-Initiative».

Einkaufstourismus nimmt zu

Die «Pestizidverbots-Initiative» verbietet den Import von Lebensmitteln zu gewerblichen Zwecken, die synthetische Pestizide enthalten oder mit deren Hilfe hergestellt wurden. Weiterhin erlaubt bliebe jedoch der Import solcher Lebensmittel für private Haushalte. Damit würde dem Einkaufstourismus Tür und Tor geöffnet. Die durch die Initiative massiv verteuerten Produkte von Schweizer Landwirten wären gegenüber den Produkten aus grenznahen Gebieten deutlich im Nachteil. Die Schweizer Bauern als Produzenten von regionalen Lebensmitteln würden zusätzlich geschwächt.

Synthetisch ist nicht «giftig»

Eine Schwachstelle der Initiative ist, dass sie Pestizide in «synthetisch» und «nicht synthetisch» einteilt. Damit wird suggeriert, dass synthetisch oder «chemisch» hergestellte Pestizide automatisch giftig sind. Umgekehrt sollen alle aus der Natur stammenden Stoffe harmlos sein. Die Formeln «synthetisch gleich giftig» und «biologisch gleich gesund» halten einer genaueren Betrachtung jedoch nicht stand. Sie sind willkürlich und machen aus wissenschaftlicher Sicht keinen Sinn. Ob eine Substanz im Labor synthetisiert wird oder natürlich vorkommt, sagt noch nichts über ihre Eigenschaften aus. Viele nützliche Substanzen, zum Beispiel Vitamine zur Nahrungsergänzung, können heute synthetisch hergestellt werden. Selbstverständlich stellen sie keinerlei Risiko für die Gesundheit dar. Umgekehrt gibt es viele natürlich vorkommende Substanzen, zum Beispiel Tier- oder Pflanzengifte, die für Menschen gefährlich sein können.

Fazit

Die «Pestizidverbots-Initiative» schwächt die regionale Lebensmittelproduktion. Gleichzeitig verteuert sie die Preise für landwirtschaftliche Produkte aus dem Inland. Durch ein generelles Verbot von synthetischen Pestiziden kann zudem die Lebensmittelsicherheit nicht aufrechterhalten werden. Durch die Verknappung des Lebensmittelangebots befeuert die Initiative den Einkaufstourismus. Wer auch in Zukunft regionale Lebensmittel zu vernünftigen Preisen haben möchte, sagt NEIN zur extremen «Pestizidverbots-Initiative».